



Datum *Mai 2020*

Unser Zeichen 81.06.01

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-3 15

Telefax +49 221 3771-7315

RGRE - FÖRDERBRIEF 3/2020

Sonderausgabe zur Corona-Krise

Bearbeitet von
Friederike Pischnick
Mascha Gerwin

Förderbrief

für

Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen

in Rat und Verwaltung

IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [foerderbrief\(at\)rgre.de](mailto:foerderbrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

Hinweis: Die im Förderbrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.



Inhaltsverzeichnis

I.	EINBLICK IN DIE POLITISCHEN DISKUSSIONEN AUF EU-EBENE	2
	Zukünftiger Mehrjähriger Finanzrahmen.....	2
	Planungen für einen European Recovery Fund	2
	Corona Response Investment Initiative (CRII) sowie CRII+	2
	Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen.....	3
II.	AUSSCHREIBUNGEN UND AUFRUFE	4
	Corona-Auswirkungen auf Projekte des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger	4
	Corona-Auswirkungen auf JUGEND IN AKTION und das Europäische Solidaritätskorps	4
	Corona-Auswirkungen auf Erasmus+-Projekte im Schulbereich	4
	Corona-Auswirkungen auf Erasmus+-Projekte der NA beim BiBB	5
	Corona-Auswirkungen auf Projektverträge: Informationen der GD DEVCO und NEAR	5
	Corona-Auswirkungen auf laufende AMIF-Projekte	5
	Corona-Auswirkungen auf laufende „Horizont 2020“-Projekte	5
	Kreatives Europa: Fristverlängerung und Social Media-Kampagne.....	6
	EU-Aufruf für kostenloses Wi-Fi wird verschoben.....	6
	EU-Förderung im Bereich der Forschung und Innovation zur Corona-Pandemie	7
III.	VERÖFFENTLICHUNGEN/KONSULTATIONEN	7
	Gemeinsamer Fahrplan zur Aufhebung der COVID-19 Eindämmungsmaßnahmen.....	7
	COVID 19 – Europäische Austauschplattform des AdR	8
	EU-Datenbank zur Coronavirus-Forschung.....	8
	Leitlinien der EU-Kommission für die grenzüberschreitende Behandlung von Patienten	8
	Leitlinien der EU-Kommission zur Vergabe in der aktuellen Notsituation	9
	Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen.....	9
	EU-Leitlinien zur sicheren Rückkehr an den Arbeitsplatz	9
	EU-Kommission öffnet Übersetzungstool für kleine und mittlere Unternehmen.....	10
	Forum des Deutschen Städtetages zu den Auswirkungen des Coronavirus auf Städte	10
IV.	VERANSTALTUNGEN/WETTBEWERBE.....	10
	#PACEvoices: Initiative der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.....	10



Angesichts der aktuellen Corona-Pandemie haben wir für Sie eine Sonderausgabe des RGRE-Förderbriefes erstellt. Viele Förderprogramme, Veranstaltungen und Wettbewerbe sind von den aktuell geltenden Einschränkungen betroffen. Einige der wichtigsten Informationen zu Fristverlängerungen, Auswirkungen auf Projektverträge sowie ein paar einfallreiche alternative Ideen haben wir im Folgenden für Sie zusammengestellt. Bitte beachten Sie, dass es sich um eine Momentaufnahme handelt – weitere Änderungen sind natürlich möglich.

I. EINBLICK IN DIE POLITISCHEN DISKUSSIONEN AUF EU-EBENE

Zukünftiger Mehrjähriger Finanzrahmen

Der Rat hat die EU-Kommission aufgefordert, Mittel und Wege zu finden, wie die Coronavirus-Krise unmittelbar und mittelfristig durch finanzielle Mittel bewältigt werden kann. Aus diesem Grunde wird erwartet, dass die EU-Kommission am 29. April 2020 ein aktualisiertes Arbeitsprogramm sowie einen neuen Vorschlag für einen zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vorlegen wird. Die EU-Kommission geht derzeit davon aus, dass für den zukünftigen MFR eine Obergrenze für eigene Ressourcen von rund 2% des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten für zwei oder drei Jahre anstelle der im alten Vorschlag veranschlagten 1,2% erforderlich sein wird.

Planungen für einen European Recovery Fund

Einen allgemeinen EU-Rettungsschirm gibt es bisher noch nicht. Bei anderen Maßnahmen mit Mitteln des EU-Haushalts unter Beteiligung der EIB handelt es sich insbesondere um Liquiditätshilfen für Banken und KMU. Diese Mittel werden größtenteils über Förderbanken oder Regionalbanken in den einzelnen Mitgliedstaaten verwaltet. Kommunen sind keine Zielgruppe dieser Programme.

Ersten Informationen zur Sitzung der Staats- und Regierungschefs am 23. April 2020 ist zu entnehmen, dass es einen Abwicklungsfonds und einen European Recovery Fund basierend auf dem zukünftigen MFR geben wird. Der European Recovery Fund soll ähnlich wie der Juncker-Plan (EFSI) aufgebaut werden. Berichten zufolge wird eine öffentliche Garantie aus dem EU-Haushalt und den Mitgliedstaaten eingerichtet, um riesige Geldsummen auf den Kapitalmärkten wirksam einzusetzen. Die auf diese Weise eingeworbenen Mittel - dank des AAA-Finanzratings der Kommission zu geringen Kosten - werden dann über den EU-Haushalt an die Staaten weitergeleitet. Es ist noch nicht klar, wie genau die Grund-Finanzierung des European Recovery Plans aussehen wird. Dies wird sich aus den neuen Kommissions-dokumenten ergeben, die voraussichtlich am 29. April 2020 veröffentlicht werden.

Corona Response Investment Initiative (CRII) sowie CRII+

Die EU-Kommission hat bereits Maßnahmen ergriffen, um noch verfügbare Gelder aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) der laufenden Förderperiode für die Bewältigung der Coronavirus-Krise einzusetzen. Zu diesem Zwecke legte sie einen Verordnungsvorschlag unter dem Titel Arbeitstitel Corona Response Investment Initiative (CRII) sowie Anfang April eine Erweiterung (CRII+) vor. Der erste Verordnungsvorschlag wurde von den gesetzgebenden Institutionen Rat und Europäisches Parlament in Rekordzeit angenommen und ist bereits [in Kraft](#) getreten.



Mit CRII sollen 37 Mrd. € aus den ESI-Fonds für die Bekämpfung der Corona-Krise bereitgestellt werden. Die Finanzmittel kommen aus noch nicht abgerufenen Mitteln der laufenden Förderperiode, d.h. Mittel, die noch nicht für Projekte verplant und von den Mitgliedstaaten abgerufen sind. Die EU-Kommission sieht damit in diesem Jahr von ihrer Verpflichtung ab, von den Mitgliedstaaten die Rückzahlung nicht ausgegebener Vorfinanzierungen der Strukturfonds zu verlangen. Dies entspricht laut EU-Kommission 8 Mrd. € aus dem EU-Haushalt. Die Gesamtsumme von 37 Mrd. € ergibt sich aus der Ko-Finanzierung, die durch die Mitgliedstaaten bereitgestellt werden muss (etwa 29 Mrd. €).

Am 2. April hat die Kommission vorgeschlagen, die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Corona-Krise um einige spezifische Vorschläge zu erweitern, sog. Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII+). Der Vorschlag zur Erweiterung des CRII sieht vor, dass noch mehr Flexibilität im Rahmen von CRII erreicht wird, indem die Möglichkeit von Übertragungen zwischen den kohäsionspolitischen Fonds (EFRE, ESF und Kohäsionsfonds) möglich gemacht werden sowie zwischen verschiedenen Kategorien von Regionen. Zudem wird auch Flexibilität bei der thematischen Konzentration der operationellen Programme gewährt. Außerdem gibt es die Möglichkeit, die EU-Kofinanzierungsrate für die kohäsionspolitischen Programme für das Geschäftsjahr 2020-2021 auf 100 % zu setzen, sodass die Mitgliedstaaten für krisenbedingte Maßnahmen eine vollständige EU-Finanzierung in Anspruch nehmen können.

Für Deutschland ergibt sich de facto aber eine sehr viel geringere Summe als von der EU-Kommission publiziert. Dies ergibt sich aus Anfragen an einige Bundesländer. Diese bestätigten gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden, dass die ihnen zugewiesenen Mittel der laufenden Förderperiode de facto bereits verplant, aber evtl. noch nicht bei der EU-Kommission abgerufen sind. Sollten dennoch Mittel für Deutschland vorhanden sein, so werden sie in Förderprogramme des Bundes und der Länder fließen und werden nicht direkt von der EU-Kommission verwaltet werden.

Der Fokus für finanzielle Unterstützung liegt momentan also auf den nationalen Förderprogrammen zur Beantwortung der Corona-Krise. Das heißt nicht, dass dabei nicht EU-Mittel verwendet werden, aber sie sind eventuell nicht so offensichtlich wie bei direkt verwalteten Programmen der EU-Kommission.

Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen

Der RGRE – Deutsche Sektion hat eine Übersicht über die Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen zusammengestellt. Alle gesetzgebenden Institutionen sind beschlussfähig, aber durch die Abstandsmaßnahmen und Reisebeschränkungen selbstverständlich in ihrer Arbeit eingeschränkt.

Das Europäische Parlament hat seinen Sitzungskalender angepasst. Die letzte außerordentliche Plenarsitzung fand am 17. /18. April in Brüssel statt.

Die Übersicht finden Sie hier: https://www.rgre.de/fileadmin/user_upload/pdf/aktuelles/2020_RGRE_%C3%9Cberblick_Funktionsweise_EU_Institutionen_COVID-19.pdf



II. AUSSCHREIBUNGEN UND AUFRUFE

Corona-Auswirkungen auf Projekte des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger

In einem pdf-Dokument hat die Kontaktstelle Europa für Bürgerinnen und Bürger Hinweise für den Fall zusammengestellt, dass aufgrund der aktuellen Situation ein ganzes Projekt bzw. eine Veranstaltung abgesagt, verschoben oder geändert werden muss. Sämtliche Änderungen müssen unbedingt mit der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) kommuniziert werden. Diese kann ggf. Änderungen aufgrund von höherer Gewalt genehmigen. Ggf. können Veranstaltungen als Webinar durchgeführt werden. Die Zusammenstellung der Hinweise finden Sie unter https://www.kontaktstelle-efbb...erderte_Projekte_EfBB.pdf.

Auch die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur hat Informationen zu den Auswirkungen der Corona-Krise veröffentlicht. Diese finden Sie in englischer Sprache unter https://eacea.ec.europa.eu/about-eacea/news/coronavirus-implications-for-implementation-programmes-managed-eacea_en.

Corona-Auswirkungen auf JUGEND IN AKTION und das Europäische Solidaritätskorps

JUGEND für Europa hat einen Überblick über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Erasmus+-Programmteile JUGEND IN AKTION und das Europäische Solidaritätskorps zusammengestellt. Alle transnationale Mobilitäten oder inländischen Treffen/Veranstaltungen, die aus den Programmen Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps gefördert werden, sind aktuell aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen nicht mehr zulässig. JUGEND für Europa erkennt laut eigenen Angaben höhere Gewalt (Force majeure) zentral für alle Maßnahmen seit dem 16.03.2020 und zunächst bis auf weiteres an. Zudem wurde die nächste Antragsfrist auf den 07.05.2020 verschoben. Die Antragsformulare sind online abrufbar.

Diese und weitere Informationen finden Sie unter <https://www.jugendfuereuropa.de/news/10906-coronavirus-sars-cov-2-auswirkungen-auf-erasmus-jugend-in-aktion-und-auf-das-europaeische-solidaritaetskorps/>

Corona-Auswirkungen auf Erasmus+-Projekte im Schulbereich

Auch der europäische und internationale Austausch im Schulbereich wird von der Corona-Krise stark beeinträchtigt. Auf seiner Webseite informiert der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz daher über Vertragsänderungen und Stornierungen und über mögliche digitale Alternativen, beispielsweise über [eTwinning](https://www.etwinning.net).

Informationen zum Umgang mit Stornierungen in der Leitaktion 1 finden Sie unter https://www.kmk-pad.org/fileadmin/Dateien/download/v_na/03_Durchfuehrung/KA_1/KA_1_Schreiben_Hoehere_Gewalt_110320.pdf. Informationen zum Umgang mit Stornierungen in der Leitaktion 2 finden Sie unter https://www.kmk-pad.org/fileadmin/Dateien/download/v_na/03_Durchfuehrung/KA_2/KA_2_Schreiben_Hoehere_Gewalt_14042020.pdf.

Mehr Informationen: <https://www.kmk-pad.org/service/coronavirus.html>



Corona-Auswirkungen auf Erasmus+-Projekte der NA beim BiBB

Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BiBB) aktualisiert regelmäßig ihre Informationen zum Umgang mit der weltweiten Reisewarnung, Stornokosten und der Anwendbarkeit von „höherer Gewalt“. Beispielsweise gibt es eine Anleitung zur Eingabe von (Storno-)Kosten, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entstanden sind, in das Mobility Tool+:

https://www.na-bibb.de/fileadmin/user_upload/na-bibb.de/Dokumente/06_Metanavigation/03_Presse/01_News/KA2_Anleitung_Coronakosten.pdf.

Mehr Informationen: <https://www.na-bibb.de/presse/news/2020/coronavirus-neue-informationen-zu-erasmus/>.

Corona-Auswirkungen auf Projektverträge: Informationen der GD DEVCO und NEAR

Die Generaldirektionen Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DG DEVCO) und Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (DG NEAR) haben auf ihren Webseiten Informationen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf vertragsrechtliche Verfahren veröffentlicht. Thematisiert werden die Möglichkeit der elektronischen Unterschrift und die Anerkennung elektronisch versandter Dokumente, das mögliche Vorliegen von höherer Gewalt (force majeure) sowie Bedingungen für die Aussetzung vertraglicher Pflichten und mögliche Fristverlängerungen.

Bitte beachten Sie, dass diese veröffentlichten Informationen rechtlich nicht bindend sind, sondern als Orientierung dienen sollen.

Das Dokument finden Sie hier: https://ec.europa.eu/internati...ractual-procedures_en.pdf.

Corona-Auswirkungen auf laufende AMIF-Projekte

Auch durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) geförderte Projekte können von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffen sein. Daher veröffentlichte das Bundesamt für Migration und Integration (BAMF) Hinweise zum entsprechenden Vorgehen. Unter Umständen können Produktivstunden des Personals zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt und abgerechnet werden.

Gegebenenfalls müsse ein Antrag auf Änderung der Indikatoren gestellt werden, falls die ursprünglich vereinbarten Indikatoren bedingt durch die aktuellen Herausforderungen nicht mehr erreicht werden können.

Das pdf-Dokument mit den Hinweisen kann hier heruntergeladen werden:

https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Foerderangebote/AMIF/hinweise-covid-19.pdf?__blob=publicationFile&v=8

Mehr Informationen: <https://www.bamf.de/DE/Themen/Foerderangebote/AMIF/amif-node.html>.

Corona-Auswirkungen auf laufende „Horizont 2020“-Projekte

Aufgrund der Corona-Krise hat die EU-Kommission die Einreichfristen für zahlreiche Horizont-2020-Aufrufe verlängert. Auch die bereits laufenden Projekte sind natürlich von den Auswirkungen der



Corona-Pandemie betroffen. Gegebenenfalls können anfallende Stornokosten oder Zusatzgebühren unter die Force majeure-Klausel fallen.

Detaillierte Informationen finden Sie auf der Corona-Plattform des Europäischen Forschungsraumes: <https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/covid-19>

Kreatives Europa: Fristverlängerung und Social Media-Kampagne

Die Antragsfristen für verschiedene Programmteile von Kreatives Europa, dem Programm zur Förderung der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft wurden verlängert. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Förderung des Online-Vertriebs europäischer audiovisueller Werke wurde beispielsweise bis zum 5. Mai 2020 um 17 Uhr verlängert. Unter dem Aufruf zur Förderung von Filmfestivals ist die Einreichung von Vorschlägen nun bis zum 21. Mai 2020 um 17 Uhr möglich. Alle Informationen zu verlängerten Fristen finden Sie unter https://ec.europa.eu/programme...-applications-extended_de.

Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden, die unter dem Programm gefördert werden, möchte die Europäische Kommission trotz abgesagter Veranstaltungen eine Bühne zu bieten. Daher ruft sie diejenigen, die nun Online-Angebote zur Verfügung stellen dazu auf, darüber in den sozialen Netzwerken unter dem Hashtag #CreativeEuropeAtHome zu posten. Auf diese Weise sollen die Anstrengungen, die vielen tollen Online-Kulturprojekte hervorzuheben, gebündelt werden. Kunst- und Kulturliebhaber können so auch von zu Hause aus spannende Projekte und Kunstwerke genießen.

Alle Informationen zur Social-Media-Kampagne finden Sie unter https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/content/share-your-art-home_en.

EU-Aufruf für kostenloses Wi-Fi wird verschoben

Angesichts der Coronavirus-Krise, von der eine Reihe von Gemeinden ernsthaft betroffen ist, hat die Europäische Kommission beschlossen, den für Dienstag, 17. März 2020, um 13 Uhr geplanten vierten und letzten Aufruf für das EU-Programm „Wifi4EU“ für kostenlose Wi-Fi-Netze im öffentlichen Raum zu verschieben. Grund: Die derzeitige Lage würde nicht allen Kommunen die gleichen Möglichkeiten zur Teilnahme geben.

Die Europäische Kommission wird den neuen Termin des Aufrufs bekanntgeben, sobald sich die Situation in allen teilnehmenden Ländern wieder normalisiert hat. Keine förderungswürdige Gemeinde wird die Chance verlieren, einen Gutschein zu gewinnen, sobald der Aufruf geöffnet wird.

Mit WiFi4EU-Gutscheinen können Gemeinden in der ganzen EU Gutscheine im Wert von jeweils 15.000 Euro beantragen, mit denen sie kostenlose Wi-Fi-Netze in öffentlichen Räumen, einschließlich Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen, einrichten.



EU-Förderung im Bereich der Forschung und Innovation zur Corona-Pandemie

Die EU-Kommission veröffentlicht in unregelmäßigen Abständen Ausschreibungen für Projekte zu COVID-19 mit Mitteln aus Horizon 2020, dem Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation.

Eine Übersicht über die laufenden Ausschreibungen findet sich hier: <https://ec.europa.eu/info/fund...es/portal/screen/covid-19>.

Einen Gesamtüberblick über bereits geförderte Projekte, geplante Hackathons und neue Ausschreibungen zu COVID-19 im Bereich Forschung und Innovation der Europäischen Kommission finden Sie hier: https://ec.europa.eu/info/rese...n/coronavirus-research_en.

III. VERÖFFENTLICHUNGEN/KONSULTATIONEN

Gemeinsamer Fahrplan zur Aufhebung der COVID-19 Eindämmungsmaßnahmen

Die EU-Kommission und der Rat haben am 15. April 2020 gemeinsam einen Fahrplan zur Aufhebung der COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen in Europa vorgelegt. Die Entscheidung, wann Lockerungen eingeleitet werden können, sollte laut EU-Kommission und Rat auf folgenden Kriterien beruhen:

- Epidemiologische Kriterien, die zeigen, dass die Ausbreitung der Krankheit über einen längeren Zeitraum signifikant abgenommen und stabilisiert hat-,
- Ausreichende Kapazität des Gesundheitssystems, unter Berücksichtigung der Beschäftigungsquote auf Intensivstationen, der Verfügbarkeit von medizinischem Personal und medizinischem Material;
- Angemessene Überwachungskapazität, einschließlich umfangreicher Testkapazität zum schnellen Erkennen und Isolieren infizierter Personen sowie Verfolgungs- und Rückverfolgungskapazität.

Die beiden Institutionen unterstreichen, dass ein europäischer Ansatz notwendig ist, auch wenn sich Zeitpunkt und Modalitäten für die Aufhebung von Eindämmungsmaßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten unterscheiden. In diesem Zuge hat die EU-Kommission ebenfalls [Richtlinien](#) zu COVID-19-In-vitro-Diagnostiktests und deren Durchführung vorgelegt.

Die EU-Kommission wird zudem einen Plan zur Erholung von der Krise auf Grundlage eines überarbeiteten Vorschlags für den zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und des aktualisierten Arbeitsprogramms der Kommission für 2020 entwickeln.

Den Fahrplan finden Sie hier: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/joint_eu_roadmap_lifting_covid19_containment_measures_de.pdf.



COVID 19 – Europäische Austauschplattform des AdR

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 24. März die Errichtung einer [Austauschplattform](#) für seine Mitglieder zum Austausch zu den regionalen und kommunalen Ansätzen in der Corona-Krise angekündigt. Die Plattform soll lokalen und regionalen Entscheidungsträgern dabei helfen, den gemeinsamen Bedarf zu ermitteln, Lösungen auszutauschen und die gegenseitige Unterstützung zwischen lokalen Gemeinschaften in ganz Europa zu verbessern. Darüber hinaus soll die Plattform die Möglichkeit bieten, bereits ergriffene EU-Maßnahmen zu bewerten. Der AdR will regelmäßig über neue Maßnahmen berichten und den Fokus dabei auf Finanzierungsmöglichkeiten legen.

Die Mitglieder sind daher aufgefordert, dem AdR Bedürfnisse und Wünsche mitzuteilen, die auf EU-Ebene adressiert werden sollten oder für die der Austausch anderer Regionen und Kommunen in ganz Europa hilfreich sein könnte. Zum Auftakt des Austauschs können alle Beiträge, persönlichen Erfahrungen, Ideen, Vorschläge, Videobotschaften und Rückmeldungen zu den EU-Antworten auf das Coronavirus an folgende Adresse gerichtet werden: <mailto:covid19@cor.europa.eu>. Ein Feedback-Mechanismus ist bereits eingerichtet.

EU-Datenbank zur Coronavirus-Forschung

Die EU-Kommission hat in Zusammenarbeit mit mehreren Partnern eine europäische Datenbank zur Erforschung von Covid-19 erstellt. Ziel ist es, die Forschung, beispielsweise zur Entwicklung eines Impfstoffes, durch einen offenen und zügigen Datenaustausch zu beschleunigen und so eine wirksame Reaktion auf die Corona-Krise zu ermöglichen. Die Plattform ist Teil des [ERAvsCorona-Aktionsplans](#) und ein weiterer Meilenstein beim Einsatz der EU, Forscher in Europa und auf der ganzen Welt im Kampf gegen den Coronavirus-Ausbruch zu unterstützen.

Die entsprechende Pressemitteilung finden Sie unter https://ec.europa.eu/germany/news/20200421-coronavirusforschung_de.

Die Datenbank kann unter folgendem Link aufgerufen werden: <https://www.covid19dataportal.org/>.

Leitlinien der EU-Kommission für die grenzüberschreitende Behandlung von Patienten

Die EU-Kommission hat Leitlinien für die grenzüberschreitende Behandlung von Patienten sowie die grenzüberschreitende Entsendung von medizinischem Personal veröffentlicht. So soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtert und unterstützt werden und ein stärker koordinierter Ansatz für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Notfallversorgung geschaffen werden. In den Leitlinien wird außerdem dargelegt, welche zusätzliche Unterstützung und Hilfe die Kommission den Gesundheitsbehörden der Mitgliedstaaten zukommen lässt, beispielsweise durch Regelungen für die grenzüberschreitende Patientenmobilität und Erläuterung des Ablaufs der Erstattung der Kosten der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und durch die Bereitstellung eines Systems zur Unterstützung des klinischen Managements, das die Angehörigen der Gesundheitsberufe beim Austausch von Wissen und Kompetenzen unterstützen soll.



Die Pressemitteilung finden Sie hier: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_590

Das Dokument mit den Leitlinien (auf Englisch) finden Sie hier: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/guidelines_on_eu_emergency_assistance_in_cross-bordercooperationin_healthcare_related_to_the_covid-19_crisis.pdf.

Leitlinien der EU-Kommission zur Vergabe in der aktuellen Notsituation

Aufgrund der aktuellen Corona-Krise bestehen im EU-Vergaberecht für die Beschaffung der zur Bewältigung der Krise erforderlichen Lieferungen, Dienstleistungen und sonstigen Leistungen verschiedene Optionen und Flexibilitätsmöglichkeiten. Dazu veröffentlichte die Europäische Kommission am 1. April 2020 eine Mitteilung.

Die Mitteilung finden Sie unter [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XC0401\(05\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XC0401(05)&from=DE).

Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen

Die EU-Kommission hat am 19. März 2020 einen [befristeten Rahmen](#) für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19 veröffentlicht. Am 4. April 2020 hat die EU-Kommission diesen befristeten Rahmen erweitert und die Möglichkeiten des bestehenden Beihilfe-Regelwerks erneut spezifisch für die möglichen Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Abfederung der sozioökonomischen Auswirkungen des Coronavirus-Ausbruchs ausgelegt.

Die Änderungen finden Sie hier: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XC0404\(01\)&qid=1587738229408&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XC0404(01)&qid=1587738229408&from=DE).

EU-Leitlinien zur sicheren Rückkehr an den Arbeitsplatz

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) hat Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz in Form eines Wikis veröffentlicht. Es werden die unter anderem die Themen Risikobewertung, Einbeziehung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und konkrete Maßnahmen am Arbeitsplatz aufgegriffen.

Auf der Seite der EU-OSHA finden sich zudem Links zum sektorspezifischen Umgang mit der Wiederaufnahme der Arbeit von Dienstleistern und Geschäften mit engem Kundenkontakt aus allen Mitgliedstaaten.

Die Leitlinien finden Sie hier: https://oshwiki.eu/wiki/COVID-19:_Back_to_the_workplace_-_Adapting_workplaces_and_protecting_workers.



EU-Kommission öffnet Übersetzungstool für kleine und mittlere Unternehmen

Laut [Pressemitteilung](#) vom 21.04.2020 können ab sofort alle kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Europa kostenlos das [Maschinenübersetzungstool eTranslation](#) der EU-Kommission kostenlos nutzen. Dabei sei die Vertraulichkeit und Sicherheit aller übersetzten Daten garantiert. So kann bei der Übersetzung in alle 24 offiziellen EU-Sprachen sowie ins Russische, Norwegische und Isländische Zeit gespart werden.

Forum des Deutschen Städtetages zu den Auswirkungen des Coronavirus auf Städte

Gerne möchten wir Sie auf das Internet-Forum des Deutschen Städtetages zum Thema „Coronavirus – Auswirkungen auf Städte“ aufmerksam machen. Innerhalb dieses Forums bestehen verschiedene Unterforen, u.a. zum Thema „EU“ und zu „Internationales (außer EU)/ Partnerschaften“. Dort werden wir Ihnen relevante Informationen und Links, beispielsweise zu verschiedenen Austauschplattformen, zur Verfügung stellen. Sie können natürlich auch selbst im Forum aktiv werden. Ausnahmsweise können sich auch Nicht-Städtetags-Mitglieder für eine Aufnahme bewerben.

Sie erreichen das Forum unter <https://forum-staedtetag.de/>. Um das Forum zu nutzen, ist zunächst die Erstellung eines Benutzerkontos notwendig. Dieses Benutzerkonto können Sie erstellen, indem Sie auf der Startseite die Schaltfläche „Anmelden oder registrieren“ auswählen und die notwendigen Eingaben vornehmen. Nach Absenden des Anmeldeformulars steht Ihnen der Zugang zum Forum nicht unmittelbar zur Verfügung. Unter dem Menü „Kontrollzentrum -> Benutzergruppen“ können Sie sich für die für Sie relevante Benutzergruppe „bewerben“. Ihre Bewerbung wird anschließend vom Administrator des Internet-Forums geprüft und anschließend ggf. freigeschaltet.

Das Forum finden Sie nach der Freigabe durch den Administrator unter der Schaltfläche „Forum“ oben links in Ihrem Browser-Fenster. Darüber hinaus finden Sie noch weitere Funktionen und Schaltflächen. Dazu gehört insbesondere das Kontrollzentrum, in welchem Sie die Einstellungen für das Forum personalisieren können (Benutzerkonto, Benachrichtigungseinstellungen usw.). Über Rückmeldungen zur Benutzerfreundlichkeit und Problemen freuen wir uns.

IV. VERANSTALTUNGEN/WETTBEWERBE

#PACEvoices: Initiative der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Rik Daems, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, stellte am Dienstag, 14. April eine neue Initiative vor: Unter dem Hashtag **#PACEvoices** können die Abgeordneten untereinander aber auch mit der breiten Öffentlichkeit interagieren und auf diese Weise auch in Zeiten der Kontaktsperre in Kontakt bleiben. „Wir sind mehr als 600 Frauen und Männer aus 47 Ländern, alle gewählte Abgeordnete. Der Eckpfeiler unserer Verteidigung ist die Europäische Menschenrechtskonvention. Wir verteidigen die Grundfreiheiten, die Gleichstellung der Geschlechter, die Rechtsstaatlichkeit und natürlich die Demokratie. Das Coronavirus mag uns distanzieren, aber es kann uns nicht zum Schweigen bringen. Unsere Stimmen sind zu hören. Nutzen Sie die #PACEvoices! Treten Sie der Familie bei!“, verkündete er in seiner Videobotschaft. Alle weiteren Informationen finden Sie hier: <https://pace.coe.int/en/news/7853/covid-19-assembly-president-launches-pacevoices>.